

Beschäftigung und Einkommen: eine Analyse der französischen Niedriglohnpolitik

Giraud, Olivier; Lechevalier, Arnaud

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Giraud, O., & Lechevalier, A. (2008). *Beschäftigung und Einkommen: eine Analyse der französischen Niedriglohnpolitik*. (DGAP-Analyse Frankreich, 3). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-131293>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

DGAPanalyse

Frankreich

Forschungsinstitut der
Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

Mai 2008 N° 3
ISSN 1865-701X

Beschäftigung und Einkommen: Eine Analyse der französischen Niedriglohnpolitik

von Olivier Giraud und Arnaud Lechevalier



Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik e.V.

Die DGAPanalysen Frankreich erscheinen
mit freundlicher Unterstützung der

Robert Bosch **Stiftung**

Redaktion:

Dr. Martin Koopmann und Ulla Brunkhorst

Herausgeber:

Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. | Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
Tel.: +49 (0)30 25 42 31-0 | Fax: +49 (0)30 25 42 31-16 | info@dgap.org | www.dgap.org | www.weltpolitik.net
© 2008 DGAP

Zusammenfassung / Summary

Olivier Giraud und Arnaud Lechevalier

Beschäftigung und Einkommen:

Eine Analyse der französischen Niedriglohnpolitik

- Seit den neunziger Jahren strebt Frankreich eine generelle Verringerung der Arbeitszeit an und verfolgt zugleich eine speziell auf den Niedriglohnsektor ausgerichtete Politik. Während die Politik der Arbeitszeitreduzierung nun zunehmend in Frage gestellt wird, wird die Niedriglohnpolitik fortgeführt.
- Diese Politik basiert zum einen auf der Senkung der Sozialbeiträge, durch die Anreize für die Beschäftigung von Niedrigqualifizierten geschaffen werden sollen.
- Die Einführung eines Kombilohns in Form einer Beschäftigungsprämie soll zum anderen Sozialhilfeempfänger und Menschen mit dem sozialen Mindesteinkommen RMI dazu anregen, eine Beschäftigung aufzunehmen. Dabei soll die Kaufkraft der Niedriglohneempfänger gestärkt werden, ohne die Lohnkosten für die Arbeitgeber zu erhöhen.
- Um die Arbeitslosigkeit gering qualifizierter Menschen auf Dauer zu senken, ist eine erfolgreiche Wachstums- und Beschäftigungspolitik auf der Grundlage der Wirtschafts- und Währungsunion erforderlich: Im Vordergrund wird hierbei eine größere Reaktionsbereitschaft der Geldpolitik auf Konjunkturlauten sowie eine bessere Koordinierung von Geld- und nationalen Wirtschaftspolitiken stehen.
- Dringend erforderlich sind zudem massive Investitionen in die Wissensgesellschaft im Sinne der Lissabon-Strategie, um die zumeist nur ungenügende Qualifikation der Erwerbstätigen in Frankreich zu verbessern.

Employment and income:

An analysis of the French low-wage policy

- Since the 1990s the French policy has aimed at a general reduction of working hours and pursued a policy focused on the low-wage labour market. The policy of a reduction of working hours is increasingly being questioned, yet the political strategy focused on the low-wage labour market seems to be pursued.
- On the one hand, this policy is based on a reduction of social insurance contributions, intended to stimulate employment of low-skilled workers.
- On the other hand, the introduction of a combined wage, a type of employment bonus is planned as an incentive for welfare recipients and people living on RMI (social minimum income) to enter the labour market. This instrument is expected to increase the purchase power of low-wage workers without raising the employers' contribution.
- A successful income and employment policy within the economic and monetary union is essential for a sustainable reduction of unemployment of low-skilled workers. Here, the priorities will be a more flexible monetary policy and an improved co-ordination of monetary policy and national economic policy.
- Furthermore, a massive investment in the advancement of a knowledge-based society is imperative to improve the often insufficient qualification of French employees.

Inhalt

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in Frankreich: ein vergleichender Überblick.....	6
Der französische Arbeitsmarkt: Bestandsaufnahme und Entwicklungsperspektiven.	6
Charakteristische Merkmale der Erwerbslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich.....	7
Analyse der Beschäftigungspolitik für den Niedriglohnsektor	8
Die Senkung der Sozialabgaben für Niedriglöhne: Legitimation, Auswirkungen und Probleme.	8
Konzentration von Beitragssenkungen auf den Niedriglohnsektor: Argumente und Entwicklung.....	8
Die Auswirkungen der Senkung der Arbeitgebersozialbeiträge auf die Niedriglöhne: erste Bewertungen .	10
Das Problem der Billiglohnfalle und die Auswirkungen auf die Lohnentwicklung der Arbeitnehmer	11
Die Beschäftigungsprämie »Prime pour l'emploi« (PPE)	11
Kontext und Herausforderungen.....	11
Die Auswirkungen der Beschäftigungsprämie auf das Arbeitsangebot	13
Schlussfolgerungen.....	13
Anmerkungen.....	14

Beschäftigung und Einkommen: Eine Analyse der französischen Niedriglohnpolitik

von Olivier Giraud und Arnaud Lechevalier

Tiefgreifende Veränderungen des ökonomischen Wettbewerbs haben in den Industrieländern in jüngster Zeit zu neuen Problemen auf dem Arbeitsmarkt geführt. Insbesondere Beschäftigungssektoren mit geringer Wertschöpfung werfen dabei spezifische Fragen auf. Dies betrifft sowohl die Industrie, in der zunehmend Arbeitsplätze abgebaut werden, als auch den Dienstleistungssektor, in dem verstärkt Arbeitsplätze entstehen. Die zunehmende Berücksichtigung dieser Entwicklung leitet gegenwärtig ein neues Zeitalter der Beschäftigungspolitik ein: An die Stelle der sogenannten »passiven«, auf Unterstützungsleistungen konzentrierten Politik tritt eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die insbesondere die Ausbildung fördert. Sie zielt in erster Linie auf Arbeitsplätze mit geringer Wertschöpfung, mobilisiert zahlreiche Ressourcen und entwickelt neue Vorgehensweisen. Im Zentrum dieser neuen Strategie stehen die Arbeitskosten in Beschäftigungssektoren mit geringer Wertschöpfung, die so beeinflusst werden sollen, dass die Arbeitsplätze erhalten oder gar vermehrt bzw. aufgeteilt werden. Die Strategie zielt gleichzeitig darauf ab, das Einkommensniveau der betroffenen Arbeitnehmer zu erhalten. In Frankreich ist diese Politik seit einigen Jahren besonders stark ausgeprägt.

Die französische Beschäftigungspolitik unterscheidet sich seit den neunziger Jahren in zwei wesentlichen Aspekten von der Beschäftigungspolitik anderer europäischer Länder: Frankreich strebt eine generelle Verringerung der Arbeitszeit an und verfolgt zugleich eine speziell auf den Niedriglohnsektor ausgerichtete Politik. Diese doppelte Ausrichtung ist der Tatsache geschuldet, dass dem französischen Staat insbesondere auf zwei Ebenen ein Eingreifen möglich ist: Im Bereich der Gesetzgebung zur Regelung der Arbeitszeit sowie bei der Festsetzung des Mindestlohns und der Lohnnebenkosten.

Das erste Ziel wurde von der Regierung Jospin mit den sogenannten »Aubry«-Gesetzen in den

Jahren 1998 und 2000 umgesetzt: Die gesetzlich geregelte Wochenarbeitszeit wurde schrittweise auf 35 Stunden (bzw. 1600 Stunden pro Jahr) reduziert, im Gegenzug erfolgten Einmalzahlungen und Senkungen der Sozialabgaben. Diese Politik wurde von Seiten der konservativen Parteien heftig kritisiert und als Angriff auf Wachstum und Kaufkraft bezeichnet. Obwohl verschiedene Analysen übereinstimmend zeigen, dass in Folge dieser Politik etwa 350 000 Arbeitsplätze geschaffen werden konnten, wird sie seither in Frage gestellt. In den folgenden Jahren führten die von der Regierung Raffarin im Januar 2003 und von der Regierung de Villepin im März 2005 verabschiedeten Gesetze dazu, dass die Zahl der Überstunden stark zunahm. Die Arbeitnehmer erhielten nunmehr die Möglichkeit, ihre Überstunden durch Ruhetage abzugelten, und die Kopplung von geringen Sozialbeiträgen an kürzere Arbeitszeiten wurde aufgehoben. Nach der Wahl von Nicolas Sarkozy zum französischen Staatspräsidenten wurde im August 2007 mit dem sogenannten Tepas-Gesetz (»Tepa« steht für die französischen Begriffe für Arbeit, Beschäftigung und Kaufkraft) im Rahmen einer umfassenderen Steuerreform eine Senkung der Abgaben durchgesetzt. Dieses Gesetz sieht Steuererleichterungen und eine Senkung der Sozialbeiträge vor, wenn Überstunden geleistet werden oder wenn die Beschäftigten auf in Frankreich gesetzlich vorgesehene Ruhetage verzichten.¹ Es zielt somit auf die Umsetzung des Wahlslogans von Nicolas Sarkozy: »Mehr arbeiten, um mehr zu verdienen«. Arbeitnehmer, die bereits in einem Arbeitsverhältnis stehen, sollen zu Mehrarbeit angeregt werden, ohne dass die gesetzlich festgelegte Arbeitszeit erhöht werden muss.

Während die Politik der Arbeitszeitreduzierung zunehmend in Frage gestellt wird, wird die Niedriglohnpolitik relativ kontinuierlich weitergeführt. Hierbei werden zwei Maßnahmen miteinander kombiniert: die Senkung der Beitragszahlungen zur Sozialversicherung für Niedriglohnempfänger und

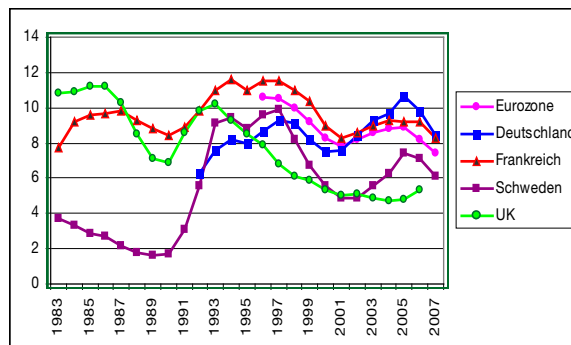
die Einführung eines spezifischen Kombilohns in Form einer Beschäftigungsprämie (»Prime pour l'emploi« – PPE). Während auch in Deutschland über die Einführung eines Mindestlohns sowie die Neugestaltung des Kombilohns diskutiert wird, stehen diese »neuen beschäftigungspolitischen Maßnahmen«,² welche die Grundzüge einer »neuen französischen Strategie«³ für gering qualifizierte Arbeitnehmer darstellen, im Zentrum der folgenden Überlegungen. Hierbei sollen zunächst einige Merkmale der Beschäftigungssituation und der Arbeitslosigkeit in Frankreich vergleichend dargestellt werden.

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in Frankreich: ein vergleichender Überblick

Der französische Arbeitsmarkt: Bestandsaufnahme und Entwicklungsperspektiven

Während der letzten zehn Jahre schwankte die Arbeitslosenquote in Frankreich in gleichem Maße wie in den übrigen Ländern der Eurozone, wobei die französische Quote ein Prozent über dem entsprechenden Durchschnittswert der anderen Länder lag. Staaten wie die Niederlande, Schweden und das Vereinigte Königreich hatten in dieser Hinsicht bessere Ergebnisse vorzuweisen. Seit dem Jahr 1983 liegt die Arbeitslosenquote in Frankreich bei über acht Prozent, im Jahr 1996 erreichte sie einen Höchststand von 11,5 Prozent (gemäß der Angaben von EUROSTAT). Im Zeitraum der Jahre 1997 bis 2001 verringerte sie sich um drei Prozentpunkte, stieg dann wieder an und geht seit 2005 erneut zurück.⁴ Die Veränderungen der letzten Zeit lassen sich zum Teil durch die demografische Entwicklung erklären: Die Erwerbsbevölkerung nimmt derzeit jährlich nur noch um 30 000 bis 40 000 Personen zu, während früher 150 000 bis 200 000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden mussten, um über die durch Renteneintritt und Pensionierung frei werdenden Stellen hinaus für die neu in den Arbeitsmarkt eintretenden Menschen ausreichend Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen.

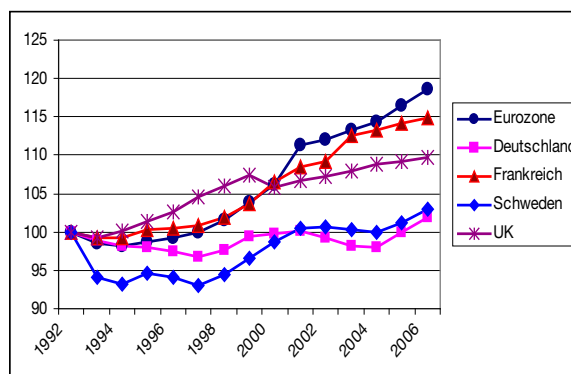
Entwicklung der Arbeitslosenquote in Frankreich und in einigen EU-Ländern



Quelle: EUROSTAT.

Die Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze scheint als Indikator besser geeignet als die Arbeitslosenquote, um die Dynamik des Arbeitsmarktes zu erfassen. In den Jahren 1991 bis 2005 entsprach die Zahl der in Frankreich geschaffenen Arbeitsplätze – mit einer jährlichen Zuwachsrate von 0,7 Prozent (0,9 Prozent im Zeitraum 1992–2006) – in etwa dem europäischen Durchschnitt. Allerdings lag die Zuwachsrate in Frankreich wesentlich höher als in Deutschland oder Schweden (-0,3 Prozent pro Jahr) und selbst in Großbritannien, was insbesondere auf die Schaffung von etwa zwei Millionen Stellen im Privatsektor in der Zeit starken wirtschaftlichen Wachstums in den Jahren 1997 bis 2001 zurückzuführen ist. Der Aufschwung im Beschäftigungssektor hielt trotz des schwächeren Wirtschaftswachstums auch nach dem Jahr 2005 an, was offensichtlich mit dem geringeren Anstieg der Produktivität zusammenhängt.

Entwicklung der Beschäftigung in Frankreich und in einigen EU-Ländern (100=1993)



Quelle: EUROSTAT.

Die allgemeine Beschäftigungsquote (d. h. die Zahl der Erwerbstätigen bezogen auf die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter) ist in den letzten 15 Jahren um vier Prozentpunkte gestiegen. Dies ist ein Prozentpunkt weniger als der Durchschnittswert innerhalb der Eurozone. Der Wert liegt allerdings dennoch deutlich über dem der anderen in obenstehender Tabelle aufgeführten Länder, darunter insbesondere Deutschland (1,1 Punkte).

Beschäftigungsquoten in Frankreich und einigen EU-Ländern: Stand und Entwicklung

	Allg. Beschäftigungsquote (15–64)			Beschäftigungsquote der Frauen (15–64)		
	1992	2006	Differenz	2006	Differenz	Teilzeitarbeit 2006 (in%)
Eurozone	59,5	64,8	5,3	56,8	9,7	35,2
Deutschland	66,4	67,5	1,1	62,2	6,3	45,6
Frankreich	59,9	63,8	3,9	58,8	7,4	30,2
Schweden	75,9	73,1	-2,8	70,7	-2,4	40,2
UK	67,9	71,5	3,6	65,8	5,0	42,6
	Beschäftigungsquote der 25- bis 54-Jährigen			Beschäftigungsquote der 55- bis 64-Jährigen		
	1992	2006	Differenz	1992	2006	Differenz
Eurozone	73,0	78,3	5,3	32,9	41,8	8,9
Deutschland	77,9	79,4	1,5	36,2	48,4	12,2
Frankreich	77,2	81,2	4,0	29,8	38,1	8,3
Schweden	83,6	84,7	1,1	63,4	69,6	6,2
UK	76,5	81,1	4,6	47,6	57,4	9,8

Quelle: EUROSTAT.

Frankreich zeichnet sich durch eine hohe und innerhalb der Gruppe der 25- bis 54-Jährigen ständig steigende Beschäftigungsquote aus. Dies ist besonders auf den Anstieg der Beschäftigungsquote der Frauen zurückzuführen, die seltener als in anderen Ländern in Teilzeit arbeiten. Die mit 30 Prozent seit 15 Jahren gleichbleibende Beschäftigungsquote der 15- bis 24-Jährigen und der Senioren liegt dagegen deutlich unter dem entsprechenden Wert der anderen großen EU-Länder.

Charakteristische Merkmale der Erwerbslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich

Sowohl in Frankreich als auch in Deutschland ist die Langzeitarbeitslosigkeit mit mehr als 40 bzw. 50 Prozent nach wie vor sehr hoch. In Frankreich stellt die hohe Jugendarbeitslosigkeit ein zusätzliches Problem dar. Während die Arbeitslosenquote der 15- bis 24-Jährigen Mitte der neunziger Jahre bei etwa 28 Prozent lag und um die Jahrtausendwende nach und nach auf 22 Prozent gesunken war, liegt sie gegenwärtig wieder bei etwa 25 Prozent. Für Frankreich ist die Jugendarbeitslosigkeit stärker noch als für andere Länder ein Besorgnis erregender Faktor, denn die Beschäftigungsquote französischer Jugendlicher ist im Vergleich zu anderen Staaten besonders niedrig: Nur 25 Prozent der 15- bis 24-jährigen Franzosen stehen in einem Beschäftigungsverhältnis, gegenüber 44 Prozent in Deutschland und sogar 57 Prozent in Großbritannien. Jugendliche, die sehr früh in den Arbeitsmarkt eintreten, sind besonders vom sozialen Abstieg bedroht, vor allem, wenn sie bereits nach kurzer Zeit ihre Arbeitsstelle wieder verlieren. Im Dezember 2007 wurde die Zahl der in Frankreich arbeitslos gemeldeten Jugendlichen zwischen 17 und 24 Jahren mit 374 000 angegeben, was einem Anteil von sechs Prozent dieser Altersgruppe entspricht. Im Vergleich dazu betrug die Zahl der in Deutschland arbeitslos gemeldeten 15- bis 24-Jährigen 372 000 und entsprach somit einem Anteil von 3,9 Prozent der Altersgruppe. So hoch diese Zahlen auch sein mögen – sie entsprechen dennoch nicht dem in Deutschland verbreiteten Bild einer Jugendarbeitslosigkeit von »einem Viertel der französischen Jugendlichen«.

In Frankreich befinden sich unter anderem deshalb weniger Jugendliche auf dem Arbeitsmarkt, weil sie länger in das Schulsystem eingebunden sind. Über 82 Prozent der französischen Jugendlichen besuchen eine weiterführende Bildungseinrichtung der Sekundarstufe II. Dem stehen nur 75 Prozent im europäischen Durchschnitt und sogar nur 72 Prozent in Deutschland gegenüber. Es handelt sich hierbei um eine direkte Folge der in Frankreich Mitte der achtziger Jahre beschlossenen Zielsetzung, 80 Prozent der Jugendlichen einer Altersgruppe zum Abitur zu führen. Obwohl dieser Pro-

zentsatz gegenwärtig bei etwa 70 Prozent stagniert, hat sich die Zahl der Abiturienten in weniger als 15 Jahren fast verdoppelt. Der Beschluss, nahezu alle Jugendlichen einer Altersgruppe bis zum Abitur zu führen, ging einher mit einer verstärkten beruflichen Ausrichtung des Bildungsangebots in der Sekundarstufe II (Fachabitur) und einer zunehmenden Entwicklung weiterführender berufsspezifischer Hochschuleinrichtungen wie etwa Fachhochschulen oder Ingenieurschulen.

Bei der insgesamt positiven Bewertung dieser tiefgreifenden Umgestaltung des französischen Bildungssystems darf jedoch nicht unerwähnt bleiben, dass Frankreich zu den Industrieländern mit der höchsten Zahl von Jugendlichen gehört, die die Schule ohne einen Abschluss verlassen (acht Prozent nach der Umfrage »Génération 2001«, die vom CEREQ im Jahr 2005 durchgeführt wurde). Jugendliche ohne ausreichendes Bildungsniveau sind wesentlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als andere: 42 Prozent der Jugendlichen ohne Schulabschluss waren in den ersten drei Jahren nach Verlassen der Schule für mindestens zwölf Monate ohne Arbeit, während nur zwölf Prozent der Jugendlichen mit Facharbeiterabschluss und sogar nur sechs Prozent derjenigen, die nach dem Abitur zwei Jahre an einer Hochschuleinrichtung studiert hatten (BAC +2), von Arbeitslosigkeit betroffen waren. Der Übergang von der Schule zur Arbeitswelt dauert in Frankreich also deutlich länger als in anderen vergleichbaren Ländern: Er nimmt je nach Art des Einstiegs in die Berufswelt zwischen 24 und 40 Monate in Anspruch.

Analyse der Beschäftigungspolitik für den Niedriglohnsektor

Mit der Senkung der Sozialbeiträge im Niedriglohnsektor und der Einführung der Beschäftigungsprämie wird das gleiche grundlegende Ziel verfolgt: Es sollen Anreize für die Beschäftigung von Niedrigqualifizierten geschaffen werden – sei es auf der Arbeitsangebots- oder auf der Arbeitsnachfrage-seite. In der Umsetzung wirken sich beide Maßnahmen auf die Lohnkosten und das Einkommen der Niedrigverdiener aus, was nicht dasselbe ist. Im Folgenden sollen beide Instrumente zunächst

genauer erläutert und anschließend bewertet werden.

Die Senkung der Sozialabgaben für Niedriglöhne: Legitimation, Auswirkungen und Probleme

Zur Rechtfertigung einer Senkung der Sozialabgaben werden im Wesentlichen drei Argumente angeführt: 1. Der relativ hohe Mindestlohn in Frankreich (prozentual angepasst an den Durchschnittslohn) verstarke das Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt. 2. Die Elastizität der Arbeitsnachfrage (also der prozentuale Beschäftigungszuwachs, der aus einem Prozent Lohnzurückhaltung resultiert) sei im Niedriglohnbereich höher als im Bereich hoher Einkommen. Angesichts der Lohnkosten erkläre die größere Elastizität die verhältnismäßig höhere Arbeitslosigkeit der gering qualifizierten Arbeitnehmer. 3. Die Senkung von Beitragszahlungen sei effizienter, wenn sie sich auf die Niedriglöhne konzentriere. Diese drei Argumente sollen im Folgenden näher untersucht werden.

Konzentration von Beitragssenkungen auf den Niedriglohnsektor: Argumente und Entwicklung

Die erste der drei genannten Thesen geht davon aus, dass der relativ hohe Mindestlohn das Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage im Niedriglohnsektor verstärkt, was eine schwächere Entwicklung der Beschäftigung in bestimmten Sektoren zur Folge hätte. Der Mindestlohn wurde in Frankreich in den fünfziger Jahren eingeführt und an die Preisentwicklung gekoppelt. Im Jahr 1970 wurde das System reformiert, seither wird der Mindestlohn SMIC (Salaire Minimum Interprofessionnel de Croissance) jedes Jahr angepasst, wobei die Anpassung mindestens der Hälfte der Kaufkraftsteigerung des durchschnittlichen Stundenlohns eines Arbeitnehmers entsprechen muss. Abgesehen von dieser gesetzlich vorgeschriebenen Anpassung kann die Regierung in eigenem Ermessen zusätzliche Erhöhungen beschließen.

Im Jahr 1990 wurde der Mindestlohn erneut zur Diskussion gestellt. Man gelangte schließlich zu der gemeinsamen Auffassung – die Ökonomen früher als die Politiker –, dass die Senkung der Lohnkos-

ten eine Notwendigkeit darstellte: Der Mindestlohn ist in Frankreich nicht nur vergleichsweise hoch (der SMIC-Stundensatz liegt aktuell bei 8,44 Euro brutto, das entspricht 1280 Euro bei einer 35-Stunden-Arbeitswoche), sondern er betrifft auch einen größeren Teil der Arbeitnehmer als in anderen Ländern. Dieser Konsens bildete den Ausgangspunkt für einen grundlegenden Wandel in der französischen Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik Anfang der neunziger Jahre.

Mindestlohn im Vergleich (2003)

	in % des durchschnittlichen Lohns	% der Beschäftigten, die den Mindestlohn verdienen
UK	50,3	1,4
Frankreich	47,5	15,6
Irland	44,8	3,1
Griechenland	43,8	-
Luxemburg	43,5	18,0
Niederlande	40,2	2,1
Belgien	39,9	-
Spanien	29,8	0,8
USA	25,2	1,4

Quelle: EUROSTAT.

Wie ist die zweite These bezüglich der überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit unter den geringqualifizierten Arbeitnehmern zu bewerten? Für die Erklärung der unterschiedlichen Arbeitslosenquoten einzelner Länder spielen die Unterschiede in der Zusammensetzung der Bevölkerung (Geschlecht, Alter, Bildungsniveau) eher eine untergeordnete Rolle, auch wenn man sie nicht ganz vernachlässigen sollte.⁵ Immerhin weisen 16 von 25 europäischen Staaten eine günstigere Bildungsstruktur der Erwerbsbevölkerung auf als Frankreich.⁶ Im Vergleich zu diesen Ländern hat Frankreich aufgrund des großen Anteils an Geringqualifizierten und der fehlenden mittleren Qualifikationsebenen das Nachsehen. Wie in den anderen OECD-Ländern auch liegt in Frankreich der Anteil der Arbeitslosen unter den Geringqualifizierten über dem Landesdurchschnitt. Die relative Arbeitslosigkeit dieser Gruppe, d. h. der Prozentsatz arbeitsloser Geringqualifizierter im Vergleich zur prozentualen Arbeitslosigkeit unter den Höherqualifizierten, liegt dagegen unter dem EU-Durchschnitt.

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit der Geringqualifizierten im Vergleich zu den Qualifizierten und zum Durchschnitt der Beschäftigten (2004)

	Mittleres und niedriges Bildungsniveau/ Hochschulbildung		Mittleres und niedriges Bildungsniveau/ unabhängig vom Bildungsniveau	
	Arbeitslosigkeitsrate	Beschäftigungsquote	Arbeitslosigkeitsrate	Beschäftigungsquote
Italien	1,53	0,58	1,21	0,79
Frankreich	2,06	0,61	1,46	0,75
Deutschland	3,28	0,51	1,67	0,64
UK	3,68	0,56	2,00	0,69
Schweden	3,64	0,60	1,94	0,72
Tschechien	13,00	0,25	3,50	0,33
EU 25	2,58	0,56	1,42	0,73

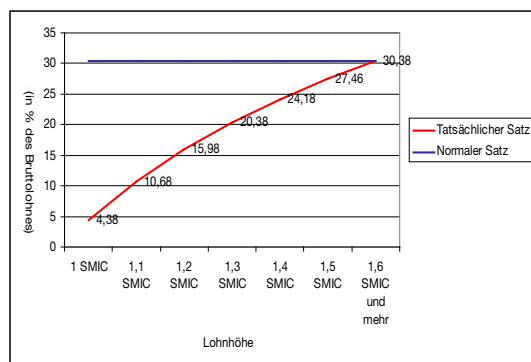
Quelle: EUROSTAT, eigene Berechnungen.

Die Tabelle zeigt einen Vergleich der Arbeitslosen- und Beschäftigungsquoten von Personen mit mittlerem und niedrigem Bildungsniveau im Vergleich zu Personen mit Hochschulbildung. So betrachtet liegt Frankreich mit seinen Werten unter dem europäischen Durchschnitt. Die Lage der Geringqualifizierten stellt sich aber insbesondere in Deutschland, Großbritannien und Schweden noch ungünstiger dar. Darüber hinaus soll nicht unerwähnt bleiben, dass Geringverdiener nicht zwangsläufig eine niedrige Qualifikation aufweisen: In Zeiten von Massenarbeitslosigkeit wird ein Teil der Geringqualifizierten durch qualifizierte, vor allem junge Arbeitnehmer mit niedrigen Einstiegsgehältern vom Arbeitsmarkt verdrängt.

Die dritte These lautet, dass die Beitragssenkungen effizienter sind, wenn sie sich auf den Niedriglohnsektor konzentrieren. Man spricht von einem »Bemessungsgrundlageneffekt«: Zielen die Maßnahmen auf den unteren Teil der Lohnverteilungsskala, sinken die Lohnkosten für einen bestimmten Ausgabenbetrag stärker. Die Arbeitgeberbeiträge wurden erstmals im Jahr 1993 gesenkt, seither wurden in mehreren Schritten Veränderungen vorgenommen. Erstens wurde die Skala der betroffenen Löhne nach und nach vom 1,1-fachen auf das 1,6-fache des SMIC ausgeweitet. Zweitens wurden höhere Beitragsabschläge durchgesetzt: von ursprünglich 5,4 Prozent im Jahr 1993 auf 26 Prozent seit dem Jahr 2005. Drittens wurde der Tarifverlauf der Beitragsermäßigungen mehrfach modifiziert.

Heute sind die Sozialversicherungsbeiträge⁷ progressiv gestaffelt – eine Verletzung des »Äquivalenzprinzips« von Leistungen und Beiträgen –, und die Beitragssätze betragen für Niedriglöhne nur noch vier Prozent bzw. wurden im Jahr 2008 für Unternehmen mit weniger als 20 Mitarbeitern sogar auf Null gesetzt. Das entspricht bei einem Lohn in der Höhe des SMIC einer Senkung der Lohnkosten um 18 bis 20 Prozent und bei einem Lohn in Höhe des 1,2-fachen SMIC um zehn Prozent. Diese Lohnkostensubventionen konzentrieren sich in der Tat im Wesentlichen auf die Niedriglöhne: Obwohl 58 Prozent der französischen Arbeitnehmer von dieser Reduzierung der Lohnkosten betroffen sind, entfallen 90 Prozent der Ausgaben zur Finanzierung der Beitragssenkungen auf Löhne zwischen dem einfachen und dem 1,3-fachen SMIC.

Die Skala der Arbeitgebersozialbeiträge zur Sécurité sociale ist heute progressiv geworden (Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr)



Quelle: Haushalts- und Finanzausschuss des französischen Senats.

Die Auswirkungen der Senkung der Arbeitgebersozialbeiträge auf die Niedriglöhne: erste Bewertungen

Welche Auswirkungen sind als Folge der Sozialbeitragssenkungen im Bereich der Schaffung bzw. Erhaltung von Arbeitsplätzen zu erwarten bzw. schon jetzt festzustellen? Da die Maßnahmen mehrfach angepasst wurden, ist eine Folgenabschätzung nur schwer möglich. Hinzu kommt, dass die Verringerung der Beiträge nur dann ihre Wirksamkeit entfaltet, wenn die Senkung der Lohnnebenkosten nicht durch eine Erhöhung des Mindestlohns teilweise oder ganz aufgehoben wird. Tatsächlich wurde der SMIC seit dem Jahr 1993 mehrfach erhöht und stieg damit schneller als der

Durchschnitt der Löhne insgesamt (um durchschnittlich 0,5 Prozent pro Jahr).

Es gibt zahlreiche Studien, mit deren Hilfe versucht wurde, die Zahl der im Ergebnis dieser Maßnahmen neu geschaffenen bzw. erhaltenen gering qualifizierten Arbeitsplätze zu erfassen. Die geschätzten Ergebnisse liegen weit auseinander, die Spanne reicht von 125 000 bis 500 000 Arbeitsplätzen bei einer aus dem Staatshaushalt finanzierten Subventionierung in Höhe von fünf Milliarden Euro. Bei einer mittleren Steigerung kann angenommen werden, dass seit dem Jahr 1993 ungefähr 750 000 Arbeitsplätze neu entstanden sind bzw. erhalten wurden. Dabei gilt als gesichert, dass die Ausweitung der Beitragssenkungen beträchtliche Kosten verursacht hat: 20 Milliarden Euro für die Beitragsanpassungen insgesamt und 16 Milliarden allein für den Niedriglohnsektor. Das ist mehr als die Hälfte aller für beschäftigungspolitische Maßnahmen vorgesehenen Haushaltsmittel. Nimmt man die oben genannten Durchschnittswerte als Grundlage, gelangt man zu einem Bruttobetrag von etwa 20 000 Euro jährlich für jeden neu geschaffenen Arbeitsplatz (das entspricht in etwa einem SMIC-Arbeitsplatz) und zu Nettokosten von etwa 10 000 Euro pro Jahr (unter Berücksichtigung der geringeren Sozialausgaben und der mit der Schaffung von Arbeitsplätzen zusammenhängenden zusätzlichen öffentlichen Einnahmen).⁸

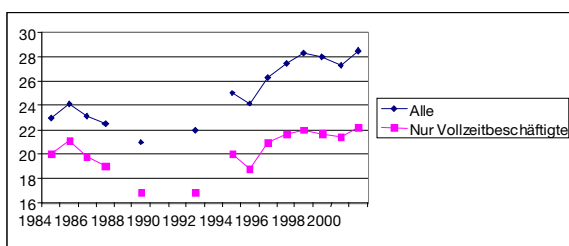
Dass die Senkung der Sozialbeiträge im Niedriglohnsektor zur Schaffung von Arbeitsplätzen beigetragen hat, ist relativ unbestritten. In welcher Größenordnung dieser Einfluss genau zu Buche schlägt, ist dagegen nicht sicher. Dies betrifft insbesondere die Folgen für qualifizierte Arbeitsplätze, die durch die im Niedriglohnsektor geschaffenen Arbeitsplätze verdrängt werden können. Da nicht eindeutig zu klären ist, in welchem Verhältnis die Kosten zum erzielten Ergebnis stehen, wird heute darüber nachgedacht, das System der Beitragssenkungen zu reformieren und sich im Wesentlichen auf die in SMIC-Höhe liegenden Löhne zu konzentrieren.⁹ Weitaus stärker umstritten sind dagegen die Auswirkungen dieser Politik in anderen Zusammenhängen.

Das Problem der Billiglohnfalle und die Auswirkungen auf die Lohnentwicklung der Arbeitnehmer

Dadurch, dass sich die Senkung der Sozialbeiträge auf den Niedriglohnsektor konzentriert, entsteht ein progressiver Beitragstarif (siehe oben). Dies führt dazu, dass jede Lohnerhöhung für Unternehmen mit bedeutendem finanziellem Mehraufwand einhergeht – eines der großen Probleme dieses Systems. Wenn die Löhne steigen bzw. aufgewertet werden, nehmen die Sozialbeitragsabschläge ab, sodass die Lohnkosten überproportional steigen. Eine zehnprozentige Erhöhung eines Lohns in Höhe des SMIC bringt z. B. dem betreffenden Arbeitnehmer einen Lohnvorteil von lediglich 125 Euro brutto, dem Arbeitgeber dagegen entstehen dabei insgesamt 271 Euro Mehrkosten.¹⁰

Der Anteil der Arbeitnehmer, die einen Lohn zwischen dem einfachen und dem 1,3-fachen SMIC erhalten, ist seit der Einführung der Sozialbeitragsermäßigungen im Niedriglohnbereich Anfang des Jahres 1990 signifikant gestiegen, nachdem er Ende der achtziger Jahre zurückgegangen war. Diese Entwicklung betrifft dabei nicht allein die Teilzeitarbeit.

Der wachsende Anteil von Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigten im Privatsektor mit einem Lohn von höchstens dem 1,3-fachen SMIC



Quelle: Lohmmeau und Rémy, 2008.

Die Zunahme des Anteils der Arbeitnehmer mit Niedriglöhnen lässt sich vor allem mit dem seit Mitte der neunziger Jahre geringeren Zuwachs der Löhne unterhalb des 1,3-fachen SMIC erklären. Eine vor kurzem durchgeführte Studie bestätigt, dass die nur geringfügig über dem Mindestlohn liegenden Löhne seit Einführung der Beitragsermäßigungen für Arbeitgeber langsamer gestiegen sind.¹¹ Gleichzeitig gibt es infolge der Verringerung der Beitragszahlungen weniger Anreize für die Unternehmer, in die Karriereentwicklung und die Weiterbildung der Niedriglohneempfänger zu

investieren. Seit Mitte der neunziger Jahre steigt der vorher rückläufige Anteil der gering qualifizierten Arbeitsplätze wieder leicht an.

Die Beschäftigungsprämie »Prime pour l'emploi« (PPE)

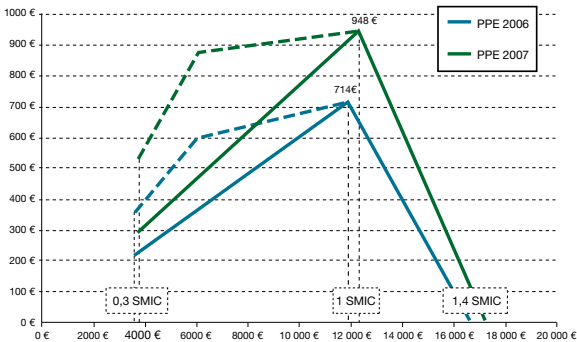
Kontext und Herausforderungen

Die zweite Säule der neuen französischen Beschäftigungspolitik ist der Kombilohn. Zwei Debatten sind seiner Einführung vorausgegangen: In der ersten ging es um die Frage des Making work pay, die vor allem in liberalen Kreisen diskutiert worden war. Das Schlagwort Making work pay hatte insbesondere in den Führungskreisen ein starkes Echo ausgelöst, denn zahlreiche Kritiker des französischen Sozialstaates waren der Meinung, dass in Frankreich der Abstand zwischen der sozialen Mindestsicherung (insbesondere dem Revenu Minimum d'Insertion–RMI) und den damit einhergehenden zusätzlichen Sozialleistungen einerseits und dem Mindestlohn andererseits nicht groß genug sei. Dahinter verbirgt sich die Annahme, dass die Weigerung der Niedrigqualifizierten, eine Beschäftigung zum SMIC anzunehmen, für deren Arbeitslosigkeit verantwortlich sei.

Die zweite Debatte thematisierte die Frage der »Arbeitnehmerarmut«. Sie wurde vor allem innerhalb des linken politischen Spektrums geführt. Es ging dabei um die wachsende Zahl von Beschäftigungsverhältnissen (besonders im Dienstleistungsbereich), deren Löhne zum Leben nicht ausreichten. Nach der Einführung des sozialen Mindesteinkommens RMI muss diese Diskussion im Licht der neuen Beschäftigungsnormen betrachtet werden: Mit der Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung – 17 Prozent der Arbeitnehmer und etwa ein Drittel der erwerbstätigen Frauen arbeiten in Teilzeit – ist die Zahl der Beschäftigten, deren Lohn insgesamt lediglich einen halben SMIC ausmacht, stark gestiegen. Im Jahr 2006 betrug die Zahl der Arbeitnehmer, deren Einkommen unterhalb der Armutsgrenze (645 Euro im Monat) lag, zwischen 1,3 und zwei Millionen Menschen. Der Hauptgrund für Arbeitsarmut besteht demzufolge in der geringen Jahresarbeitszeit.¹²

Seit dem Jahr 1998 wurden Hinzuverdienstmöglichkeiten für Sozialhilfeempfänger und besonders für Menschen mit dem sozialen Mindesteinkommen RMI (2007: 1,16 Millionen), die wieder eine Beschäftigung aufnehmen, geschaffen. Diese Möglichkeit, für eine gewisse Zeit anteilig Lohn und soziale Grundsicherung gleichzeitig zu beziehen, wurde als nicht ausreichend eingeschätzt, vor kurzem wurde dieses System im Übrigen erneut reformiert. Die Regierung Jospin führte daher im Jahr 2001 eine Beschäftigungsprämie ein, um Beschäftigungsanreize zu schaffen und die Kaufkraft der Niedriglohneempfänger zu stärken, ohne für die Arbeitgeber die Lohnkosten zu erhöhen. Diese Beschäftigungsprämie war zunächst von den konservativen Parteien stark kritisiert worden, wurde jedoch im Jahr 2006 von der Regierung de Villepin als Ausgleich für die neuen Steuererleichterungen, die vor allem für sehr hohe Einkommen gewährt wurden, beträchtlich ausgebaut.

Jährliche Höhe der PPE entsprechend der Höhe des Lohns nach der Reform 2007
(Gepunktete Linie: Teilzeitbeschäftigung; Netto-SMIC = EUR 12 238/Jahr)



Quelle: Französisches Ministerium für Wirtschaft, Industrie und Beschäftigung.

Ein unverheirateter Arbeitnehmer, der im Vorjahr einer Vollbeschäftigung zum SMIC (12 238 Euro netto pro Jahr) nachgegangen ist, erhält im Jahr 2007 eine Beschäftigungsprämie von 7,7 Prozent seines Jahresbruttolohns, d.h. 948 Euro bzw. etwa einen zusätzlichen Monatslohn im Jahr. Oberhalb des 1,4-fachen SMIC (17 451 Euro) ist diese Prämie gleich Null. Für Teilzeitbeschäftigte erhöht sich die Beschäftigungsprämie für ein Einkommen, das einem halben SMIC entspricht, auf 871 Euro pro Jahr, was als Anreiz zur Aufnahme einer Teilzeitarbeit gedacht ist. Die Auszahlung der Beschäftigungsprämie erfolgt gegenwärtig monat-

lich, die Berechnung richtet sich jedoch nach wie vor nach den Jahreseinkünften des Vorjahres (wie bei der Einkommenssteuer). Obwohl im Jahr 2006 eine starke Anhebung beschlossen wurde, liegt die Beschäftigungsprämie in Frankreich nach wie vor unterhalb vergleichbarer Negativsteuersysteme in anderen Ländern wie den Vereinigten Staaten (bis 3500 Euro pro Jahr für einen Haushalt mit zwei Kindern) oder dem Vereinigten Königreich (2300 Euro für Ledige, bis zu 4586 Euro für Alleinerziehende oder Ehepaare).

Die Beschäftigungsprämie ist an die jeweilige Person gebunden, allerdings gibt es eine Obergrenze für Haushalte: Das gemeinsame Einkommen eines Ehepaares ohne Kinder darf das 2,6-fache des SMIC nicht überschreiten; für eine Familie mit zwei Kindern gilt das 3,4-fache des SMIC als Obergrenze, um die Prämie in Anspruch nehmen zu können. Diese Deckelung kann dazu führen, dass Frauen, die in einer Partnerschaft leben, nicht zur Aufnahme einer Arbeit ermutigt werden. Hierauf wird im weiteren Verlauf des Textes noch näher eingegangen.

Nettogewinn einer Beschäftigungswiederaufnahme (pro Monat, in EUR)

	Erwerbslosigkeit	Beschäftigungsaufnahme			
		0,5 SMIC	Nettogewinn	1 SMIC	Nettogewinn
Ledig	691	816	125	1087	396
Alleinerziehende	1007	1094	87	1406	399
	Erwerbslosigkeit der beiden Ehegatten	Beschäftigungsaufnahme eines einzelnen Ehegatten			
		0,5 SMIC	Nettogewinn	1 SMIC	Nettogewinn
Ehepaare mit zwei Kindern	1379	1464	85	1653	274

Quelle: Französisches Ministerium für Wirtschaft, Industrie und Beschäftigung.

Diese Tabelle zeigt den monatlichen Nettogewinn verschiedener Haushaltskonstellationen bei der Wiederaufnahme einer Beschäftigung. Er wird nicht allein durch die Zahlung der Beschäftigungsprämie bestimmt, sondern ergibt sich aus dem Zusam-

menspiel verschiedener Sozialleistungen (soziales Mindesteinkommen RMI, Wohngeld, Schulgeld, Weihnachtsgeld usw.), deren Zahlung bzw. Nichtzahlung von verschiedenen Kriterien abhängig ist. Die Wiederaufnahme einer Beschäftigung wird für eine unverheiratete Person, die ein halbes SMIC als Einkommen hat, mit 125 Euro pro Monat belohnt. Verdient die entsprechende Person den Mindestlohn, erhält sie 400 Euro. Dieses zusätzliche Einkommen ist für einen Haushalt mit zwei Kindern etwas niedriger.

Die Auswirkungen der Beschäftigungsprämie auf das Arbeitsangebot

Drei Bedingungen müssen erfüllt sein, damit der Kombilohn die gewünschte Wirkung zeigt:¹³

- Eine Beschäftigung muss unter finanziellen Aspekten signifikant lohnender sein als eine Nichtbeschäftigung;
- Die Menschen müssen für diesen Unterschied sensibilisiert werden und ihn in ihre Entscheidung, eine Beschäftigung aufzunehmen, einbeziehen (Veränderung des Arbeitsangebots);
- Wer eine Beschäftigung sucht, muss auch die Möglichkeit haben, eine zu finden.

Die Studien und Modelle, die sich mit den Auswirkungen der Beschäftigungsprämie auseinandersetzen, gehen größtenteils von der Annahme aus, dass Erwerbstätige frei über ihre Arbeitszeit verfügen können und dass der Unterschied zwischen Sozialhilfe und Einkommen bei der Wiederaufnahme einer Arbeit der einzige Faktor ist, der für die Betroffenen eine Rolle spielt. Trotz dieser restriktiven Bedingungen zeigen fast alle Simulationen, dass die Beschäftigungsprämie nur von geringem Einfluss ist bzw. sich sogar negativ auf das Arbeitsangebot auswirkt. Sie stellt nur für wenige Menschen einen Anreiz dar, erneut eine Beschäftigung aufzunehmen und bewirkt, dass Menschen, deren Verdienst lediglich ein zusätzliches Einkommen für die Familie darstellt, sich aus dem Arbeitsleben zurückziehen.¹⁴ Hauptursache dafür ist die Festlegung einer Höchstgrenze für das Familieneinkommen. Oberhalb dieser Höchstgrenze kann keine Beschäftigungsprämie beansprucht werden, was manche Frauen veranlasst, auf eine bezahlte Arbeit zu verzichten.

Dagegen konnten, wenn auch geringe, so doch positive Auswirkungen der Prämie auf die Beschäftigungssituation alleinerziehender Frauen festgestellt werden, die verstärkt eine Teilzeitbeschäftigung annahmen. Insgesamt sollen in Folge der Einführung der Beschäftigungsprämie 100 000 Arbeitsplätze verloren gegangen sein.¹⁵

Ein Drittel der Franzosen, die Sozialhilfe erhalten und eine Arbeit aufnehmen, müssen Einbußen in ihren Einkünften hinnehmen. Dass immer mehr Sozialhilfeempfänger bereit sind, eine Teilzeitbeschäftigung zum Mindestlohn, also gegen geringe Bezahlung zu akzeptieren, zeigt, dass das Problem eher auf der Seite der Arbeitsnachfrage zu suchen ist. In den Jahren 1997 bis 2001 wurden in Frankreich mehr als zwei Millionen Arbeitsplätze geschaffen, sodass die Beschäftigungsquote bei Frauen insgesamt um vier Prozent zunahm. Diese Entwicklung lässt sich nicht dadurch erklären, dass die Arbeitsplätze plötzlich so viel lohnender geworden wären, sondern geht auf die starke Erhöhung der Zahl angebotener Arbeitsplätze in diesem Zeitraum zurück. Detaillierte Untersuchungen unter Zuhilfenahme von dynamischen Analysemethoden haben gezeigt, dass der finanzielle Anreiz nicht das Hauptmotiv für die Wiederaufnahme einer Beschäftigung darstellt.¹⁶ Die meisten Sozialhilfeempfänger nehmen, wenn sie können, eine Beschäftigung auf, um ihren sozialen Status zu verändern, in die Gesellschaft integriert zu werden und gegebenenfalls weitere berufliche Perspektiven nutzen zu können.

Schlussfolgerungen

Welche Lehren können aus der neuen Beschäftigungs- und Einkommenspolitik in Frankreich gezogen werden? Eine gut konzipierte und umfangreiche Subventionierung der Lohnnebenkosten im Niedriglohnsektor kann zur Schaffung gering bezahlter Arbeitsplätze führen. Dies hängt im Wesentlichen von der Elastizität der Arbeitsnachfrage in Bezug auf die Lohnkosten auf dieser Lohnebene ab. Gleichzeitig können durch diese Maßnahmen aber auch qualifizierte Arbeitsplätze vernichtet werden. Die in Gang gesetzte Lohn- und

Beschäftigungsdynamik stellt sich in jedem Fall als problematisch dar.

Hinzuverdienstmöglichkeiten für Sozialhilfeempfänger bei der Wiederaufnahme einer Arbeit sind schon allein aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit wünschenswert. Das Beispiel der Beschäftigungsprämie in Frankreich zeigt jedoch, dass die konkreten Modalitäten des Kombilohns genau geprüft werden müssen und die Wirkung dieser Art von Maßnahmen auf die Schaffung von Arbeitsplätzen nicht überschätzt werden sollte.

Die Kombination beider Maßnahmen bietet einen starken Anreiz für die Entwicklung eines stark subventionierten und oftmals im Teilzeitbereich liegenden Niedriglohnssektors, wobei das Risiko der Arbeitsarmut zunimmt. Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in Europa können jedoch nicht allein durch Arbeitsmarktanpassungen und insbesondere durch eine ständige Ausweitung des Niedriglohnssektors garantiert werden. Unzureichende Arbeitsangebote und mangelnde Qualifizierung bilden nach wie vor das Haupthindernis für die Beschäftigung gering qualifizierter Menschen.

Nur eine auf der Ebene der Wirtschafts- und Währungsunion aufbauende erfolgreiche Wachstums- und Beschäftigungspolitik kann einen wirklich effizienten und nachhaltigen Beitrag zum Rückgang der Arbeitslosigkeit gering qualifizierter Menschen

leisten. In dieser Hinsicht waren die in Deutschland praktizierte nachhaltige Lohnzurückhaltung sowie die in den letzten Jahren verfolgte Sozial- und Steuerpolitik für die Nachbarländer der Eurozone nicht unbedingt zuträglich.¹⁷ Eine größere Reaktionsbereitschaft der Geldpolitik auf die Konjunkturflaute und eine bessere Koordinierung von Geld- und nationaler Fiskalpolitik, die einen flexibleren »policy mix« zwischen diesen beiden Bereichen ermöglichen, scheinen erforderlich. Neben einer guten Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitiken ist die Reaktionsfähigkeit in Zeiten starker internationaler Turbulenzen – ähnlich wie im Fall der Vereinigten Staaten – dringend notwendig.

Nicht die hohe relative Arbeitslosenquote bei Geringqualifizierten ist für Frankreich charakteristisch, sondern die ungenügende Qualifikation der Erwerbstätigen. Massive Investitionen in die Wissensgesellschaft im Sinne der Lissabon-Strategie, eine Qualifikationsoffensive, die Verbesserung der Arbeitsvermittlung und die Förderung von Integration und Beschäftigung besonderer Zielgruppen am Arbeitsmarkt bleiben weiterhin als Forderungen auf der Tagesordnung.

Olivier Giraud, Wissenschaftszentrum Berlin;
Arnaud Lechevalier, Université Paris 1 Panthéon-Sorbonne, Centre Marc Bloch (Berlin), Gastprofessor an der Europa-Universität Viadrina;
Übersetzung: Kerstin Elsner und Barbara Hahn.

Anmerkungen

- 1 Vgl. zu den detaillierten Angaben dieser Messungen G. Vachet, *Moins d'impôts, moins de cotisations = travailler plus ?*, in: *Droit social*, Nr. 12, Dezember 2007, S. 1999–2004.
- 2 Y. L'Horty, *Les nouvelles politiques de l'emploi*, Paris, La découverte, 2006.
- 3 H. Sterdyniak, *Low-skilled Jobs: the French Strategy*, Document de travail de l'OFCE, Nr. 15/2007, Juli 2007.
- 4 Nach der mitten im Präsidentschaftswahlkampf getroffenen Entscheidung des französischen Instituts für Statistik und Wirtschaftsforschung, Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques, die Veröffentlichung der Arbeitslosenzahlen auszusetzen, war das Ausmaß dieses Rückgangs Thema von Diskussionen. Vgl. *Analyse de l'évolution des statistiques de demandeurs d'emplois inscrits à l'ANPE de la mi-2005 à la fin 2006*, DARES, Document d'études, Nr. 128, August 2007.
- 5 D. Anne und Y. L'Horty, *Intensité et structure du chômage. Une comparaison européenne*, in: *Les Papiers du CERC*, Nr. 1/2006, November 2006.
- 6 European Commission, *Employment in Europe 2006*, Oktober 2006, S. 53 ff.
- 7 Gemeint sind nur die in die Sécurité sociale eingezahlten Beiträge. Um die auf den Löhnen lastenden Sozialabgaben insgesamt zu ermitteln, müssen die Pflichtbeiträge zu den Zusatzrenten, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und verschiedene andere Sozialabgaben hinzugefügt werden.
- 8 Y. L'Horty, *Dix ans d'évaluation des exonérations sur les bas salaires* (Connaissance de l'emploi, Centre d'Etudes de l'Emploi, Nr. 24), Januar 2006.
- 9 I. Gafsi, Y. L'Horty et F. Mihoubi, *Réformer les exonérations de cotisations sociales sur les bas salaires*, in: *Revue française d'économie*, Nr. 3/Bd. XIX, 2005, S. 91–116, 2005, und *Cour des Comptes, Les exonérations de charges sociales en faveur des peu qualifiés*, Juli 2006.

- 10 H. Sterdyniak, *Low-skilled Jobs...*, op. cit. (Anm.3).
- 11 B. L'Hommeau, V. Rémy, Les politiques d'allègements ont-elles un effet sur la mobilité salariale des travailleurs à bas salaires ?, in: Document d'études de la DARES, Nr. 134, Januar 2008.
- 12 Vgl. CERC, *La France en transition, 1993–2005*, La documentation française, Paris 2006.
- 13 G. Allègre et H. Pervivier, Prime pour l'emploi et minima sociaux. La lisibilité au détriment de l'équité ?, in: Lettre de l'OFCE, Nr. 267, Oktober 2005.
- 14 E. Stancanelli, H. Sterdyniak, Un bilan des études sur la prime à l'emploi, in: Revue de l'OFCE, Nr. 88, Januar 2004, S. 17–41.
- 15 Nach der ersten, ex post durchgeführten Schätzung auf der Grundlage der Untersuchung zur Beschäftigung von E. Stancanelli, Evaluating the Impact of the French tax credit on the employment rate of women, Document de travail de l'OFCE, Nr. 2007-44, Dezember 2007.
- 16 Siehe u. a. F. Dubet, A. Veretout, Une »réduction« de la rationalité de l'acteur. Pourquoi sortir du RMI ?, in: Revue française de sociologie, Bd 42, Nr. 3/2001, S. 407–436; D. Guillemot, P. Pétour, H. Zajdela, Trappe à chômage ou trappe à pauvreté: quel est le sort des allocataires du RMI ?, in: Revue économique, Bd. 54, Nr. 6, S. 1235–1252.
- 17 J. Creel, J. Le Cacheux, La nouvelle désinflation compétitive européenne, in: Revue de l'OFCE, Nr. 98, 2006, S. 9–36.